

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

07. Oktober 2019

Äthiopien

Mehrere Tote bei Angriffen in der Amhara-Region

Bei Kämpfen im nördlichen Regionalstaat Amhara zwischen regionalen Spezialeinheiten und Angehörigen der ethnischen Minderheit der Kimant sollen nach einer Meldung vom 03.10.19 zuletzt mindestens 22 Menschen getötet worden sein. So seien zehn Personen am 27.09.19 bei einem Angriff auf einen Kleinbus und zwölf Militärpersonen am 28.09.19 beim Beschuss zweier Konvois getötet worden. Die Kimant sind eine von über 80 anerkannten ethnischen Gruppen in Äthiopien und fordern mehr Autonomie. In Amhara, der zweitgrößten Provinz Äthiopiens, ist es zuletzt immer wieder zu Gewalttätigkeiten und Anschlägen gekommen (vgl. BN v. 06.05.19, 24.06.19, 01.07.19). Nach Regierungsangaben sind in den letzten zwölf Monaten über 1.200 Menschen infolge ethnischer Gewalt getötet worden, die Zahl der Vertriebenen wurde auf 1,2 Millionen geschätzt.

Die Verfassung Äthiopiens erlaubt es ethnischen Gruppen, Volksabstimmungen über die Gründung eines eigenen Staates zu fordern. Ein Recht, was seit der Machtübernahme durch Premierminister Abiy Ahmed im April 2018 zunehmend mehr Ethnien für sich in Anspruch nehmen wollen.

Äthiopien/Eritrea/Israel

Netanyahu behauptet Gespräche mit Äthiopien über Rückführung eritreischer Asylbewerber

In der israelischen Regierung scheint es Bestrebungen zu geben, mit Äthiopien ein Abkommen über die Rücknahme von eritreischen Flüchtlingen abzuschließen. In einem aktuellen Beitrag in den sozialen Medien erklärte Premierminister Benjamin Netanyahu, dass er beim Besuch seines äthiopischen Amtskollegen Abiy Ahmed Anfang September 2019 in Jerusalem über die Abschiebung von Eritreern gesprochen habe. Man habe innovative Projekte angeboten, um eritreische Asylsuchende unter ausgezeichneten Bedingungen zurückzuführen. Einzelheiten, so Netanyahu weiter, könnten jedoch nicht offengelegt werden. Die äthiopische Botschaft in Tel Aviv erklärte dagegen, dass es bei dem Treffen ausschließlich um die Intensivierung der bilateralen Beziehungen gegangen sei. Die Rückführung eritreischer Asylbewerber wäre nicht thematisiert worden.

Derzeit leben etwa 23.100 eritreische Flüchtlinge in Israel, von denen mehr als 16.000 offiziell Asyl beantragt haben. Nur 13 Anträge wurden genehmigt, 5.500 wurden abgelehnt. Die restlichen Anträge sind noch anhängig.

Afghanistan

Opferzahlen Minderjähriger (2015-2018)

Einem Bericht des UN-Sicherheitsrates zufolge haben die seit Jahren anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen in den vergangenen vier Jahren ca. 3.500 minderjährige Todesopfer und mindestens 9.000 Verletzte gefordert. In den Jahren 2015 bis 2018 war in jeden dritten Vorfall ein Minderjähriger verwickelt. Die Mehrzahl der Vorfälle waren Übergriffe Aufständischer (3.450 Getötete, 9.149 Verletzte), insbesondere der Taliban und des IS, gefolgt von Luftangriffen (1.049 Opfer, darunter 464 Getötete). Es wurden dabei im Berichtszeitraum 467 Angriffe auf Schulen und Lehrpersonal dokumentiert.

Taliban-Anführer aus Gefängnissen befreit

Nach eigenen Angaben der Taliban vom 06.10.19 seien mehrere ihrer Anführer und Kämpfer aus afghanischen Gefängnissen befreit worden. Darunter befänden sich die Schattengouverneure der Provinzen Kunar (Nordosten) und Nimroz (Süden). Die Taliban errichteten in den von ihnen kontrollierten Gebieten Schattenregierungen mit teilweise eigener Gerichtsbarkeit. Die afghanische Regierung äußerte sich bisher nicht dazu.

Albanien/Nordmazedonien

EU-Spitzen fordern Beitrittsgespräche

Die europäischen Staats- und Regierungschefs wurden in einem Appell am 30.09.19 von Spitzenpolitikern der EU aufgefordert, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zuzustimmen. Getragen wird der Appell vom EU-Ratspräsident Donald Tusk, dem Parlamentspräsident David Sassoli, dem noch amtierenden Kommissionschef Jean-Claude Juncker und dessen Nachfolgerin Ursula von der Leyen. Die Entscheidung sei ein Test für die Fähigkeit der Union, ihre Versprechen zu erfüllen. Beide Länder hätten die verlangten Voraussetzungen erfüllt, nun gehe es um die Fähigkeit der Union, ihre Versprechen einzuhalten. Die Mitgliedstaaten haben die Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen seit 2018 bereits zwei Mal verschoben. Insbesondere Frankreich, die Niederlande sowie Dänemark sind dagegen. Der Beschluss, dem alle 28 Mitgliedstaaten zustimmen müssen, soll am 15.10.19 im Rahmen des EU-Ministerrates in Luxemburg ergehen.

Weitere Beitrittskandidaten sind Montenegro, Serbien und die Türkei. Als potenzielle Anwärter gelten Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo.

Bosnien und Herzegowina

Migrationskrise

Die Aargauer Zeitung berichtete am 13.09.19 über unmenschliche Zustände im provisorischen Flüchtlingslager Vucjak, zehn Kilometer von der nordwestbosnischen Stadt Bihac, unmittelbar an der Grenze zu Kroatien gelegen. Das Lager sei im Juni 2019 mit den wenigen finanziellen Mitteln der Stadtverwaltung von Bihac auf einer ehemaligen Mülldeponie kurzfristig eingerichtet worden, nachdem internationale Hilfsorganisationen ihre überfüllten Lager für Neuankömmlinge geschlossen haben. Ein Sprecher des Roten Kreuzes von Bihac spricht von unhygienischen Verhältnissen, Wassermangel, unzureichender Lebensmittelversorgung und eingeschränkter medizinischer Versorgung. Internationale Organisationen und NGOs seien nicht im Lager aktiv, weil es nicht internationalen Standards entspreche. Das Ambulanzzelt werde von freiwilligen Fachkräften aus Deutschland, Österreich, Ungarn und Slowenien betrieben.

Mit der Schließung der Südgrenzen Ungarns im Herbst 2015 und der Verlagerung der Balkanroute nach Westen (Serbien, Bosnien, Kroatien und Slowenien) sei die Stadt Bihac zum Hotspot geworden. Von hier aus versuchten Menschen ohne Papiere über die grüne Grenze nach Kroatien zu gelangen. Beim irregulären Grenzübertritt würden sie häufig von kroatischen Polizisten entdeckt, misshandelt, bestohlen und nach Bosnien zurückgeschoben werden.

Der bevorstehende Winter könnte eine humanitäre Katastrophe in Gang setzen, wenn Camps wie Vucjak nicht winterfest gemacht würden. Hinzu kämen mehrere hundert Flüchtlinge, die vor dem überfüllten Lager Bira in Bihac oder auf einem Gelände nahe der kroatischen Grenze unter freiem Himmel leben würden.

China

Hongkong: Vermummungsverbot

Unter Rückgriff auf ein Notstandsgesetz aus der britischen Kolonialzeit wurde ein Vermummungsverbot für Demonstrationen am 04.10.19 mit Wirkung vom 05.10.19 erlassen. Regierungschefin Carrie Lam stellte jedoch klar, dass damit nicht formell der Notstand ausgerufen werde. Wer sein Gesicht ganz oder teilweise bedeckt, kann nun mit bis zu einem Jahr Haft und einer Geldstrafe bestraft werden. Demonstranten trugen bei den Protesten häufig u.a. Atemmasken, um sich vor dem von der Polizei eingesetzten Tränengas zu

schützen, aber auch, um eine Identifizierung zu verhindern. Vertreter der Demokratiebewegung klagten gegen das Verbot. Das Gericht lehnte am 06.10.19 eine einstweilige Verfügung gegen das Verbot ab, beschloss jedoch eine richterliche Überprüfung für Ende Oktober. Zwei am 05.10.19 aufgrund des Verbots Festgenommene wurden am 07.10.19 gegen Kaution freigelassen.

Hongkong: Proteste

Am 05.10.19 und 06.10.19 nahmen erneut Zehntausende an nicht genehmigten Demonstrationen in mehreren Bezirken teil. Trotz eines Vermummungsverbots (siehe oben) trugen viele Personen Gesichtsmasken. Im Anschluss kam es zu Krawallen. Dutzende Personen wurden festgenommen.

Nach Bekanntwerden des Vermummungsverbots bei Demonstrationen kam es am 04.10.19 zu schweren Ausschreitungen. In der Folge wurde der U-Bahn-Verkehr in Hongkong bis zum Morgen des 06.10.19 komplett eingestellt.

Die seit Juni 2019 andauernden Proteste in der Sonderverwaltungsregion eskalierten am 01.10.19. An diesem Tag beging die Zentralregierung mit einer großen Militärparade in Peking den 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China. In Hongkong kam es am Rande friedlicher Demonstrationen zu Ausschreitungen trotz eines Verbots. Meist vermummte Aktivisten blockierten Straßen und schleuderten Brandsätze und Pflastersteine, während die Polizei Wasserwerfer, Tränengas, Gummigeschosse und Schlagstöcke einsetzte. Erstmals wurde ein Demonstrant angeschossen und schwer verletzt. Er hatte mit einem Stock oder einem ähnlichen Gegenstand einen Polizisten angegriffen, der sich mit einem Schuss aus seiner Waffe wehrte. Insgesamt wurden etwa 100 Personen verletzt. 269 Personen wurden festgenommen, die höchste Zahl an einem Tag seit Beginn der Proteste. Bisher wurden insgesamt etwa 2.000 Menschen festgenommen.

Am 03.10.19 lieferten sich Demonstranten Straßenschlachten mit der Polizei.

Aus Diplomatenskreisen verlautete, dass die Zentralregierung die Zahl ihrer in Hongkong stationierten Truppen von etwa 3.000 bis 5.000 auf etwa 10.000 bis 12.000 erhöht haben soll. Bei einem routinemäßigen Austausch von Truppen im August habe es sich demnach tatsächlich um eine Aufstockung gehandelt.

Côte d'Ivoire

Freiheitsstrafe für Präsidenten der Region Gbêkê

Der Präsident des Regionalrates von Gbêkê (Zentrum von Côte d'Ivoire), Jacques Mangoua, wurde am 03.10.19 wegen illegalen Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren sowie einer Geldstrafe von fünf Mio. CFA (7.500 Euro) verurteilt. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes Bouaké berichtete von insgesamt 991 Waffen von 7,62 mm sowie 49 Fusilwaffen Typ Kaliber 12 und 40 (neue Machete), die die Polizei im Wohnhaus des Angeklagten beschlagnahmt hätte.

Jacques Mangoua ist einer der Vizepräsidenten der Parti démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI), die nach dem Ausstieg aus der regierenden Koalition zu Anfang des Jahres zur wichtigsten Oppositionspartei geworden ist. Die Region Gbêkê ist die größte Region Côte d'Ivoires und mit Blick auf die bevorstehende Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 von großer strategischer Bedeutung für die Opposition. Verbündete der Opposition gehen von einem Komplott gegen Mangoua im Vorfeld der Präsidentschaftswahl aus.

Indien/Pakistan

Solidaritätsmarsch für Muslime im Kaschmir-Tal

Am 05.10.19 und 06.10.19 fand ein friedlicher Protestmarsch zur Grenzlinie (LoC) zwischen dem pakistanischen Azad Jammu und Kaschmir (AJK) und dem indischen Jammu und Kaschmir (J&K) statt, der von der Jammu and Kashmir Liberation Front (JKLF) organisiert wurde. Der Protestzug zog bis zu der im indischen Teil unweit der Grenzlinie (LoC) gelegenen Stadt Chinari. Pakistanische Sicherheitskräfte hatten vorsorglich Sperren errichtet, um das Überqueren der LoC zu verhindern. Die Lage im mehrheitlich von Muslimen bewohnten Kaschmir-Tal, vor allem in und um die Provinzhauptstadt Srinagar, ist seit Aufhebung der Autonomierechte und der Stationierung indischer Truppen seit Wochen angespannt.

Irak

Bilanz der Massenproteste in mehreren Landesteilen des Irak

Seit dem 01.10.19 kam es zu Demonstrationen gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und für bessere Grundversorgung in Bagdad, Nasriyah (Provinzhauptstadt Dhi Qar) und anderen Städten. Die Demonstrationen sollen über soziale Medien organisiert worden sein, eine Führung ist bis dato nicht bekannt. Die zunächst friedlichen Demonstrationen eskalierten als Sicherheitskräfte versuchten die Menschenmengen aufzulösen. Irakische Sicherheitsquellen dementierten direkt auf Demonstranten geschossen zu haben und haben Ermittlungen eingeleitet. Demonstranten blockierten Hauptverkehrsstraßen und setzten Dutzende öffentliche Gebäude und acht Parteibüros in Brand.

Am 05.10.19 verkündete der irakische Premierminister Adel Abd al-Mahdi ein soziales Programm, welches u.a. berufliche Weiterbildungen, sozialen Wohnungsbau sowie finanzielle Entschädigungen für die Familien der toten Demonstranten enthalten soll.

Bei einer Pressekonferenz am 06.10.19 teilte Saed Maan im Namen der Sicherheitskräfte mit, dass bei den Protesten in mehreren Landesteilen bisher 104 Personen, davon acht Sicherheitskräfte, und 6.107 weitere Personen, darunter auch Sicherheitskräfte, verletzt wurden. Der irakischen Menschenrechtskommission zufolge wurden mindestens 132 Demonstranten verhaftet.

Am 06.10.19 sollen bei Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten in Sadr City (Bagdad) weitere 15 Menschen getötet worden sein.

Behinderung der Berichterstattung über Proteste

Zeitweise wurden aufgrund der Proteste der Internetzugang und der Zugang zu sozialen Medien (z.B. Facebook, Twitter, WhatsApp) eingeschränkt. Die Organisation NetBlock berichtet, dass der Irak zeitweise zu etwa 70 % offline war.

Reporter ohne Grenzen (RSF) zufolge seien bei der Berichterstattung über die Proteste seit dem 01.10.19 Journalisten von mindestens 14 verschiedenen Medieninstitutionen angegriffen worden. Drei Journalisten seien zeitweise festgenommen worden.

Lokalen Medienberichten zufolge wurden u.a. Einrichtungen der Satellitensender Al-Arabiyya und NRT bei Angriffen in Bagdad von maskierten Unbekannten beschädigt oder zerstört.

Aktivisten in Basra getötet

Am 02.10.19 wurden der Aktivist und Karikaturist Hussein Adel Madani und seine Frau von unbekanntem Angreifer in ihrer Wohnung in Basra erschossen. Lokalen Medienberichten zufolge sollen beide zuvor an Demonstrationen teilgenommen haben.

Iran

Gesetzesänderung im Staatsangehörigkeitsrecht

Am 02.10.19 berichtete der Sprecher des iranischen Wächterrates, Abbas-Ali Kadkhodaei, dass das Verfassungsorgan eine Änderung des iranischen Staatsangehörigkeitsrechtes angenommen hat. Hiernach besteht die Möglichkeit, dass Kinder aus einer Ehe zwischen einer Iranerin und einem Nicht-Iraner die iranische Staatsangehörigkeit auf Antrag erhalten. Bereits vor vier Monaten war diese Änderung vom Parlament mehrheitlich beschlossen worden. Der Wächterrat, dessen Aufgabe es ist, die Vereinbarkeit der Gesetze mit der Verfassung und den islamischen Grundsätzen zu überprüfen, hatte zuvor bereits zwei Gesetzesänderungen als mit der Verfassung unvereinbar abgelehnt.

Nun haben iranische Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind, die Möglichkeit, die Übertragung der iranischen Staatsangehörigkeit auf ihre Kinder zu beantragen. Voraussetzung für den Erwerb der iranischen Staatsangehörigkeit ist, dass weder der iranische Geheimdienst noch die Organisation der Revolutionsgarden (IRGC) Sicherheitsbedenken geltend machen.

Die Gesetzesänderung wird als ein wichtiger Schritt angesehen, um den betroffenen Kindern den Zugang zum medizinischen Gesundheitssystem, der universitären Bildung und dem Arbeitsmarkt entscheidend zu erleichtern. Nach Human Rights Watch (HRW) ist diese Gesetzesänderung vor dem Hintergrund zu

verstehen, dass mehr als drei Millionen afghanische Flüchtlinge im Iran leben und die Eheschließungen zwischen Iranerinnen und Nicht-Iranern deutlich zugenommen hat.

Geplanter Anschlag auf General Soleimani vereitelt

Iran hat nach eigenen Angaben einen Anschlag auf den Kommandeur der Einheiten für Auslandseinsätze der Revolutionsgarden, General Ghassem Soleimani vereitelt. Drei Terroristen seien festgenommen worden, die im Auftrag israelischer und arabischer Geheimdienste das Attentat auf den Kommandeur der al-Kuds-Brigaden geplant hätten, meldete die Website Sepahnews der Revolutionsgarden am 03.10.19. Demnach wollten sie den bekannten General bei einer religiösen Zeremonie töten.

Laut Sepahnews waren die drei Verdächtigen zum Training ins Ausland geschickt worden. Dies ließ darauf schließen, dass es sich um Iraner handelte. Es seien bedeutende Summen ausgegeben worden, um sie für den Anschlag vorzubereiten, berichtete die Website unter Berufung auf den Chef des Geheimdiensts der Garden, Hossein Taeb. Demnach sollte Soleimani während des schiitischen Aschura-Fests im südiranischen Kerman getötet werden.

Der General spielte in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle bei der Koordination des Kampfs gegen den IS im Irak sowie gegen die Aufständischen in Syrien. In Iran gilt der General als Kriegsheld und genießt großes Ansehen.

Geostrategische Gesamtpräsenz im Nahen Osten

Der Vertreter des Revolutionsführers Khamenei, Ayatollah Ahmad Alamolhoda, gab nach Berichten der iranischen Nachrichtenagentur Tasnim bekannt, dass die geostrategischen Interessen Irans sich auf die gesamte Region des Nahen Ostens erstrecken. Iran sei deshalb heute nicht mehr geopolitisch auf den Nationalstaat Iran beschränkt. Die Milizen der Volksmobilisierungseinheiten (PMU) im Irak, die Houthis im Jemen, die Nationale Front in Syrien, der Islamische Jihad und die Hamas in Palästina sowie die Hizbollah im Libanon seien zusammen die Islamische Republik. Im Falle eines Angriffs auf Iran würde Israel in einem halben Tag vernichtet werden, warnte Ayatollah Alamolhoda.

Jemen

Houthi-Rebellen entlassen Hunderte von Gefangenen

Wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf mitteilte, sollen die Houthis 290 Häftlinge freigelassen haben, die in Lagern festgehalten wurden. Insgesamt wurde die Freilassung von 350 Gefangenen angekündigt. Die Freilassung werde unter Aufsicht des IKRK und der Vereinten Nationen vollzogen und ist Teil einer im Dezember 2018 auf Vermittlung der Vereinten Nationen geschlossenen Vereinbarung, bei der sich die Houthi-Rebellen und die Regierung von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi auf den Austausch von rund 16.000 Gefangenen verständigt hatten. Auch eine Waffenruhe für die wichtige Hafenstadt Hudaida am Roten Meer war Teil der Gespräche.

Toter bei Kundgebung

Ein Demonstrant wurde getötet und fünf weitere verletzt, als regierungsnahen Streitkräfte bei einer von Separatisten organisierten Kundgebung am 03.10.19 in Azzan im Gouvernement Shabwah auf die Teilnehmer schossen.

Kamerun

Beendigung der Konferenz zur anglophonen Krise

Vom 30.09.19 bis 04.10.19 fand in der Hauptstadt Jaunde die Konferenz Großer nationaler Dialog zur Beilegung der Krise in den beiden anglophonen Regionen statt, zu der Staatspräsident Paul Biya aufgerufen hatte (vgl. BN v. 16.09.19). Die Anführer der Rebellen, die einen aus den beiden Regionen gebildeten unabhängigen Staat Ambazonia fordern, boykottierten die Konferenz, da ihre Bedingungen (u.a. Abhaltung des Dialogs außerhalb Kameruns unter Vermittlung der UN; Abzug der Armee aus den beiden Regionen, Freilassung verhafteter Separatisten) nicht erfüllt wurden. Auch die große Oppositionspartei Cameroon Renaissance Movement (CRM), deren Vorsitzender Maurice Kamto wie auch eine Vielzahl von Parteimitgliedern teils seit Januar 2019 vor allem wegen der Teilnahme an Demonstrationen gegen das

Ergebnis der Präsidentschaftswahl von Oktober 2018 inhaftiert sind, nahm an der Veranstaltung nicht teil. Als Ergebnisse der Konferenz wurden u.a. die Vorschläge gemacht, den beiden anglophonen Regionen einen besonderen Status zu geben und deren beiden Gouverneure zu wählen sowie den früheren Staatsnamen „Vereinigte Republik von Kamerun“ wieder anzunehmen. Die Ergebnisse sollen dem Staatspräsidenten Paul Biya vorgelegt werden. Im Rahmen der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen militanten Separatisten und den Sicherheitskräften wurden seit 2017 rund 3.000 Personen getötet und rund 500.000 vertrieben.

Freilassung von Maurice Kamto und rund 100 CMR-Mitgliedern/Anhängern

Am 05.09.19 wurde der Vorsitzende der CRM, Maurice Kamto, aus der Haft entlassen. Ein Militärgericht hatte die Einstellung des Verfahrens auf Geheiß des Staatspräsidenten Paul Biya angeordnet. Außer Kamto wurden noch rund 100 weitere inhaftierte CRM-Mitglieder freigelassen. Am 04.10.19 hatte Präsident Paul Biya auf Twitter mitgeteilt, dass er die Einstellung der Verfahren gegen einige Anführer und Mitglieder politischer Parteien, insbesondere der CMR, verfügt habe. Kamto wurde im Januar 2019 mit einer Vielzahl von Anhängern verhaftet, nachdem er Demonstrationen angeführt hatte, auf denen der Vorwurf der Fälschung des offiziellen Ergebnisses der Präsidentschaftswahl von Oktober 2018 erhoben wurde. Kamto hatte bei der Präsidentschaftswahl laut offizieller Auszählung mit 14,2 % das zweitbeste Ergebnis hinter Paul Biya erzielt und sieht sich als wahren Staatspräsidenten Kameruns.

Ankündigung der Freilassung von 333 Verhafteten

Am 03.10.19 kündigte der Staatspräsident die Einstellung der Untersuchungen sowie die Freilassung von 333 Personen an, die im Verlauf der anglophonen Krise verhaftet worden waren.

Kosovo

Regierungswechsel nach Parlamentswahl

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 06.10.19 kamen die beiden Oppositionsparteien Vetevendosje (Selbstverteidigung) und die Demokratische Liga des Kosovos (LDK) nach Angaben der Zentralen Wahlkommission bei einem Auszählungsstand von 93,7 % der Stimmen auf jeweils rund 26 % und 25 %.

Die regierende Demokratische Partei des Kosovos (PDK), die von Staatspräsident Hashim Thaci dominiert wird, belegte mit 21 % der Stimmen den dritten Platz. Laut Parteichef Kadri Veseli gestehe die Partei ihre Niederlage ein und wechsele in die Opposition. Die Allianz für die Zukunft des Kosovos (AAK) des amtierenden Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj kam auf 11,6 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 44 % und damit um 2,5 %-Punkte höher als im Jahr 2017.

Die vorgezogene Parlamentswahl wurde erforderlich, nachdem der seit 2017 amtierende Ministerpräsident Haradinaj aufgrund einer Vorladung des Kosovo-Sondergerichtes in Den Haag im Juli 2019 zurückgetreten war und sich in der Folge das Parlament am 22.08.19 auflöste (vgl. BN v. 22.07.19, 29.07.19, 12.08.19).

An der Spitze der linken Siegerpartei Vetevendosje steht der ehemalige Studentenfürher Albin Kurti. In der Zeit der internationalen Verwaltung zeichnete er sich durch eine neomarxistische und nationalistische Rhetorik aus. Dabei befürwortete er Gewalt gegen Einrichtungen der internationalen Verwaltung und verantwortete einen Tränengasangriff auf das Parlament. Zuletzt trat er aber deutlich gemäßiger auf. Im Rahmen der Feier seines Wahlsieges erklärte er, dass er sich um eine rasche Regierungsbildung bemühen werde. Um regieren zu können, wird sich Kurti um eine einigermaßen stabile Koalition bemühen müssen. Trotz großer ideologischer Gegensätze gilt die moderat-konservative LDK unter der Führung der Juristin Vjosa Osmani als wichtigster potenzieller Partner.

Verkompliziert wird die Regierungsbildung im Kosovo durch das noch von der internationalen Gemeinschaft vor 2008 konzipierte Wahlrecht: Nur 100 der insgesamt 120 Sitze werden nach dem Prinzip der Proportionalität vergeben. 20 Sitze sind für verschiedene ethnische Minderheiten reserviert. Den Serben, als zahlengrößte Minderheit, stehen zehn Sitze zu.

Mali

UN-Blauhelmsoldat getötet

Am 06.10.19 wurde ein UN-Blauhelmsoldat in der Nähe des Dorfes Aguelhok (Region Kidal) getötet und vier Soldaten wurden verletzt, als ihr Fahrzeug über eine Landmine fuhr. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Soldaten bei Angriffen auf zwei Armeelager in Zentralmali getötet

Bei Angriffen von mutmaßlichen Dschihadisten auf zwei Militärstützpunkte sind nach Angaben der malischen Regierung mindestens 38 malische Soldaten getötet worden. Zunächst hieß es, dass 25 Soldaten getötet wurden und weitere 60 noch vermisst werden. Es handelt sich um die schwersten Verluste der malischen Streitkräfte in diesem Jahr. Auf der Seite der Dschihadisten seien 15 Kämpfer bei den Gefechten getötet worden. Die Attacke auf die zwei Militärstützpunkte in den Orten Boulkessi und Mondoro, unweit der Grenze zu Burkina Faso, ereignete sich in der Nacht zum 30.09.19.

Soldaten getötet

Laut Angaben der malischen Armee sind am 26.09.19 sieben Soldaten in Zentralmali getötet worden, als ihr Fahrzeug von einem Sprengsatz getroffen wurde. Die Militärfahrzeuge hatten einen Lastwagenkonvoi von zwischen den Gemeinden Douentza und Sévaré (Region Mopti) eskortiert, als das Führungsfahrzeug mit einem Sprengsatz angegriffen wurde. Bislang hat sich niemand zu der Aktion bekannt.

Ruanda

Tote bei Angriff der FDLR

Offizielle Darstellung zufolge töteten am 04.10.19 Kämpfer der Rebellenorganisation Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR) in Kinigi (Distrikt Musanze, an der Grenze zur DR Kongo und zu Uganda) 14 Menschen. Sicherheitskräfte stellten die Täter nahe der Grenze zur DR Kongo. Dabei wurden 19 der Angreifer getötet und fünf festgenommen.

Die ruandische FDLR operiert vorwiegend in der DR Kongo. Ihr gehören u.a. Personen an, die am Genozid in Ruanda 1994 beteiligt waren.

Serbien

Drohender Ausschluss von Parteien

Lokalen Medienberichten vom 30.09.19 zufolge soll bis Ende 2019 ein Gesetz verabschiedet werden, das Parteien aus dem Parteienregister gelöscht werden, die seit Jahren bei Wahlen keine Kandidaten mehr aufgestellt und satzungsgemäße Sitzungen abgehalten haben. In Serbien sind derzeit 113 politische Parteien registriert, darunter nur etwa 30 auf staatlicher, städtischer und kommunaler Ebene sowie 72 als Vertreter nationaler Minderheiten. Der serbische Nachrichtensender N1 geht von einem drastischen Rückgang von Parteien aus.

Somalia

Kampfhandlungen

Am 29.09.19 wurden zwei Zivilisten in Mogadischu getötet, als al-Shabaab-Kämpfer AMISOM-Truppen mit einer Bombe angriffen. Am selben Tag soll somalisches Militär mit Unterstützung von Einheiten der Afrikanischen Union bei einem Angriff auf einen Stützpunkt der al-Shabaab nahe der Stadt Awdheegle (Region Lower Shabelle) 20 Rebellen getötet haben.

Bei zwei koordinierten Angriffen der al-Shabaab auf einen US-amerikanischen Konvoi auf dem Ballidogle-Flugplatz in Wanlaweyn (Region Lower Shabelle) sowie auf italienische Soldaten einer EU-Mission in Mogadischu, wurde ein Zivilist getötet. Am selben Tag führte US AFRICOM zwei Luftangriffe gegen die al-Shabaab durch, bei der zehn Rebellen getötet worden sein sollen.

Sechs Soldaten starben, als al-Shabaab am 02.10.19. im Gebiet Elasha Paul Biyaha in der Nähe von Mogadischu die von den USA ausgebildeten somalischen Danab-Spezialeinheiten angriff.

US-Botschaft wiedereröffnet

Die USA haben am 02.10.19 nach 28 Jahren ihre Botschaft in Mogadischu wiedereröffnet. Die diplomatische Vertretung war während des Sturzes von Machthaber Siad Baare 1991 geschlossen worden.

Sudan

Grenze zu Libyen und der Zentralafrikanischen Republik geschlossen

Die sudanesische Übergangsregierung ordnete am 26.09.19 die sofortige Schließung der Grenzen zu Libyen und der Zentralafrikanischen Republik an. Als Grund wurde eine nicht näher bezeichnete Gefährdung der Sicherheit und Wirtschaft des Landes genannt. Der Sudan hatte sich schon häufiger über Waffenhandel an den Grenzen zu Libyen und der Zentralafrikanischen Republik beschwert. In einer von der Regierung veröffentlichten Erklärung hieß es, dass Fahrzeuge illegal die Grenzen zu den beiden Ländern überquert hätten.

Türkei/Syrien

Ankündigung der Truppen-Offensive in Syrien

Nach Medienberichten steht die Türkei kurz vor einem Militäreinsatz in Nordsyrien. Staatspräsident Erdoğan kündigte an, die geplante Offensive beziehe sich auf das mehrheitlich von Kurden kontrollierte Gebiet östlich des Flusses Euphrat in Syrien, wo die USA und die Türkei eine sogenannte Sicherheitszone einrichten wollten. Er erklärte am 07.10.19 die Türkei habe alle Vorbereitungen getroffen, der Einsatz könne heute oder morgen beginnen. Das Weiße Haus erklärte am 06.10.19, Streitkräfte der USA würden sich nicht an der von der Türkei angekündigten Offensive in Nordsyrien beteiligen. Derzeit sind noch insgesamt etwa 1.000 US-Amerikaner in Syriens Nordosten stationiert. Es bleibt zunächst unklar, wie weit ein möglicher Abzug der US-Armee von der Grenze der Kurdengebiete Syriens gehen wird.

Die von kurdischen Milizen dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) warnten im Falle einer türkischen Truppeninvasion von einem offenen Krieg.

Türkei

Vier Deutsche wieder aus Haft entlassen

In der Türkei wurden in der vergangenen Woche sechs Deutsche festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Propaganda verbreitet zu haben und in einem Verein Mitglied zu sein, der der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK nahestehe. Vier von ihnen konnten am 06.10.19 das Gefängnis wieder verlassen, sie erhielten jedoch Meldeauflagen und dürfen vorerst die Türkei nicht verlassen. In den nächsten Tagen soll ein Gericht entscheiden, was mit den zwei weiterhin Inhaftierten geschieht.

Ukraine

Annäherung zwischen ukrainischer Regierung und Separatisten

Am 02.10.19 haben Vertreter der ukrainischen Regierung und der prorussischen Separatisten der Ostukraine bei einem Treffen der sogenannten Kontaktgruppe in Minsk einen Sonderstatus für die umkämpften Regionen Luhansk und Donezk vereinbart. Außerdem wurde ein weiterer Truppenrückzug ab dem 07.10.19 verabredet, der zu einer Entmilitarisierung entlang der Ortschaften Petriwske und Solote führen soll. Der ukrainische Präsident Selenski erklärte, mit dieser Vereinbarung sei der Weg für ein Gipfeltreffen im sog. Normandie-Format mit den Staaten Frankreich, Deutschland, Russland und der Ukraine frei. Die am 02.10.19 geschlossene Vereinbarung zum Sonderstatus folgt der nach dem früheren deutschen Außenminister benannten „Steinmeier-Formel“, die besagt, dass die Regionen Luhansk und Donezk einen vorläufigen Sonderstatus erhalten. Die prorussischen Separatisten interpretieren die Formel, dass der

Sonderstatus vorerst vorübergehend gilt, bald Wahlen unter Beobachtung der OSZE abgehalten werden, es anschließend zu einer Entwaffnung kommt und nach der Anerkennung der Wahlen durch die OSZE dann ein dauerhafter Sonderstatus gelten soll. Dem gegenüber erklärte der ukrainische Präsident Selenski, es könne keine demokratischen Wahlen unter vorgehaltenen Sturmgewehrläufen geben.

Massenproteste in Kiew gegen Sonderstatus

Rund 10.000 Menschen demonstrierten am 06.10.19 in Kiew gegen den geplanten Sonderstatus für die umkämpften Gebiete im Donbass. Bei dieser Vereinbarung handle es sich um eine Kapitulation und um ein zu großes Zugeständnis an Russland, skandierten die Demonstranten den ukrainischen Medien zufolge.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes